

# Koalition erklärt Kundus-Affäre für ungeschehen

Union und FDP halten Vorwürfe gegen Guttenberg für widerlegt  
// Auch Oberst Klein entlastet // Kritik nur an Spitzenbeamten

Thomas Steinmann, Berlin

Die schwarz-gelbe Koalition hält sämtliche Vorwürfe gegen Ex-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Bundeswehroberst Georg Klein im Zusammenhang mit der Kundus-Affäre für ungerechtfertigt. In ihrer Bewertung für den Abschlussbericht des Kundus-Untersuchungsausschusses verteidigen Union und FDP Kleins Entscheidung zum Luftangriff auf zwei Tanklastzüge im September 2009 trotz „verschiedener Verfahrensfehler“ als „nachvollziehbar“. Zudem rechtfertigen sie die Entlassung des damaligen Generalinspektors und eines Staatssekretärs durch Guttenberg im Verlauf der Affäre. Die Spitzenbeamten hätten den Minister „unzureichend“ unterrichtet und wichtige Informationen zu dem Vorfall „gefiltert“. Sie seien daher nicht als „Bauernopfer“ zu sehen, heißt es in der 153-seitigen Bewertung, die der FTD vorliegt.

Nach mehr als einjähriger Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss erklärt die Koalition die Affäre um den Luftschlag von Kundus mit nach Bundeswehrerkennnissen 91 Toten damit faktisch für ungeschehen. In ihrem Bericht verteidigen Union und FDP nicht nur Guttenberg, Klein sowie den früheren Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU), der zum Zeitpunkt des Angriffs im Amt war. Sie bewerten zugleich den Informationsfluss innerhalb der Bundeswehr, das Verhalten des Kanzleramts in den Tagen nach dem Angriff sowie die gesamten Aufklärungsbemühungen der Regierung als einwandfrei. Dass die Unterrichtung der Öffentlichkeit zunächst „nicht optimal gelaufen“ sei, führen die Koalitionsexperten allein darauf zurück, dass der damalige Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan und Staatsse-

ekretär Peter Wichert gegenüber ihrem Minister und dem Kanzleramt Informationen zurückgehalten hätten.

Guttenberg hatte nach seinem Antritt als Verteidigungsminister Ende Oktober 2009 die folgenschwerste Operation in der Geschichte der Bundeswehr trotz Verfahrensfehlern als „militärisch angemessen“ bezeichnet. Nachdem Ende November 2009 bis dahin nicht bekannte Untersuchungsberichte und Videos über den Luftschlag an die Öffentlichkeit gerieten, feuerte er Schneiderhan und Wichert, weil diese ihm wichtige Dokumente „vorenthalten“ hätten. Wenig später nannte Guttenberg das Bombardement „militärisch nicht angemessen“. Als Grund für seine Kehrtwende führte er an, er habe sich erst durch die Kenntnis aller Dokumente ein umfassendes Urteil bilden können.

Dieser Darstellung, die der Ex-Minister auch als Zeuge im Untersuchungsausschuss vorgetragen hatte, folgt die Koalition nun ohne Abstriche. Die Erklärung Schneiderhans und Wicherts, dass die zunächst nicht vorliegenden Dokumente keine zusätzlichen Erkenntnisse über das Bombardement beinhalten hätten, finden keine Berücksichtigung. Auch nach dem Rücktritt Guttenbergs will vor allem die Union verhindern, dass ein schlechtes Licht auf seine Arbeit als Minister fällt – nicht zuletzt im Hinblick auf ein mögliches Comeback.

Ungeachtet dessen stieß die Bewertung von Union und FDP noch vor der offiziellen Verabschiedung in dieser Woche auch in den eigenen Reihen auf Kritik. Der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) nannte den Bericht „unrichtig und unanständig“. Er fordere seine Partei zu einer „objektiven und fairen Bewertung ohne politische Rücksichtnahme auf“,

sagte Rühle der „FAZ“. Wichert habe für ihn sechseinhalb Jahre als Staatssekretär gearbeitet und ihm „keinen Halbsatz vorenthalten“, sagte Rühle. Auch die FDP bemühte sich, den Eindruck zu relativieren, Guttenberg habe keine Fehler gemacht. Der frühere Minister habe „an dem Zustandekommen einer falschen Bewertung eine Mitverantwortung“, sagte der FDP-Obmann im Kundus-Ausschuss, Joachim Spatz. Die Hauptschuld liege aber bei Wichert und Schneiderhan.

Die Opposition wertete den Koalitionstext als Versuch, Guttenberg reinzuwaschen. Der SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold sprach von einem „oberflächlichen Freispruch“, für den es keinen Untersuchungsausschuss gebraucht hätte. Die Opposition will ihre Bewertung der Untersuchungsergebnisse im August vorlegen.

Dass die Opposition mit Guttenberg abrechnen und die Kritik an Schneiderhan, der als SPD-nah gilt, relativieren würde, war zu erwarten. Interessant wird sein, wie sie sich zu dem Angriffsbefehl Kleins positioniert. Klein ist in der Bundeswehr seit dem Luftschlag gegen die von Taliban entführten Laster eine Symbolfigur, Kritik an ihm wird in der Truppe als Zeichen mangelnden Rückhalts aus der Politik gewertet. Union und FDP versuchen in ihrer Bewertung daher wortreich, Klein trotz objektiver Verstöße gegen die Nato-Einsatzregeln in Schutz zu nehmen. Klein habe „auf Grundlage der ihm damals zu Verfügung stehenden Informationen nach bestem Wissen und Gewissen sowie zum Schutze seiner Soldaten gehandelt“, heißt es in dem Bericht. Aus heutiger Sicht hätte der Angriff aber nicht durchgeführt werden dürfen.